

Kiel, 28.06.2006

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 22 - Angebot für SchulabgängerInnen (Drucksachen 16/851 und 16/889)

Jutta Schümann:

Ausbildung von Jugendlichen: Schule und Wirtschaft sind gefordert

Lassen Sie mich in Ergänzung zu den Ausführungen meiner Kollegin Anette Langner noch etwas zu den bildungspolitischen Aspekten des Antrages der GRÜNEN sagen. Der Antrag fordert unter Punkt 3, die Regierung möge dafür sorgen, dass jeder Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz ein schulisches Angebot für eine Qualifizierungs- oder Bildungsmaßnahme bekommt.

Ich gehe davon aus, dass den Antragstellern bekannt ist, dass gemäß § 40 / § 43 Schulgesetz **Minderjährige der Schulpflicht unterliegen**, und zwar unabhängig davon, ob sie ein Ausbildungsverhältnis eingegangen sind oder eine berufsbildende Schule mit Vollzeitunterricht besuchen. Nach den Zahlen des letztjährigen Berichts zur Unterrichtsversorgung besuchten im laufenden Schuljahr über 63.000 Schülerinnen und Schüler eine Berufsschule. Davon standen 56.000 in einem Ausbildungsverhältnis. 500 Teilnehmer waren im Berufsgrundbildungsjahr und rund 1.800 im ausbildungsvorbereitenden Jahr. Knapp 4.200 nahmen an berufsvorbereitenden Maßnahmen teil und gut 1.000 waren ohne entsprechende Vorbereitungsmaßnahme.

Was der Antrag der GRÜNEN zu Recht fordert, ist eine Verstärkung der Qualifizierungsmaßnahmen. Wir wollen zwar **keine Vollverstaatlichung der Berufsausbildung**. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Duale System auf dem Rückzug ist und dass die Qualifi-

zierungsangebote, die nicht zu einem Berufsabschluss führen, bundesweit auf dem Vormarsch sind, wie der gerade erschienene Bildungsbericht der Bundesregierung feststellt.

Das Duale System kann zukünftig nur funktionieren, wenn **die Wirtschaft** einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen und der Handwerksbetriebe **ihre Verpflichtung ernst nimmt, Ausbildungsplätze in ausreichendem Maße bereitzustellen.**

Und es kann nicht sein, dass zwar das hohe Lied auf die Hauptschule gesungen wird, aber in der Praxis die Hauptschulabsolventen die Verlierer des Verdrängungswettbewerbs sind, bei denen die Abiturienten die Ausbildungsplätze bekommen, die früher für Realschüler gedacht waren, und dass ihrerseits die Realschüler die Hauptschulabsolventen verdrängen – von denen ohne Abschluss ganz zu schweigen.

Es ist gut, dass das **künftige Schulgesetz** die Wahrscheinlichkeit verringern wird, dass junge Menschen aus dem Schulsystem ganz ohne Abschluss entlassen werden, indem an jeder Schule auch der jeweils sozusagen „niedrigere“ Abschluss erworben werden kann.

Wir setzen darauf, **dass sich die Schule ändern muss und ändern wird**; die Schülerinnen und Schüler, und nicht nur die aus Migrantenfamilien, brauchen stärkere individuelle Förderung, besonders im sprachlichen Bereich. Denn seitens der potentiellen Ausbilder wird immer wieder eingewendet, die Hauptschulabsolventen würden Deutsch in Wort und Schrift so schlecht beherrschen, dass sie nicht ausbildungsfähig seien.

Das **Schulsystem muss das Seine dazu tun, die Jugendlichen ausbildungsfähig zu machen; allerdings muss auch die Wirtschaft ihren Teil zum Dualen Ausbildungssystem einbringen.** Und das nicht nur aus purer Menschenfreundlichkeit gegenüber den jungen Menschen, sondern auch aus Eigeninteresse für ihren künftigen Nachwuchs.

Die Fraktionen von SPD und CDU haben deshalb einen alternativen Antrag gestellt und bitten Sie, diesem zuzustimmen.